Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 75 (1983)

Heft: 4

Artikel: Mehr Lebensqualität bei geringem Wachstum

Autor: Henschel, Rudolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355134

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mehr Lebensqualität bei geringem Wachstum

*Rudolf Henschel**

1. Problemstellung

Das Thema *Lebensqualität und Wachstum* ist politisch ebenso aktuell wie wissenschaftlich heikel. Aktuell, weil eine immer grössere Gruppe unserer Bevölkerung die Auffassung vertritt, dass die mit diesem Thema verbundenen Probleme politisch zu wenig Beachtung finden. Heikel, weil damit Probleme angesprochen werden, die sich der gängigen quantitativen Messung entziehen, so dass auch beim besten Willen zur Objektivität subjektive Wertungen und Vermutungen in die Argumentation einfliessen. Wenn man dennoch überzeugt ist, dass die nicht eindeutige Quantifizierbarkeit qualitativer Fragen kein Grund sein kann, die gerade mit diesen Fragen verknüpften gesellschaftlichen und sozialen Probleme aus der wissenschaftlich politischen Diskussion auszuklammern, muss man sich bewusst bleiben, dass bei der Behandlung derartiger Fragen die im Bereich quantitativer Fakten geforderte wissenschaftliche Beweisführung nicht uneingeschränkt möglich ist. Gewerkschaftliche Praktiker mag diese Erkenntnis nicht erschrecken, gilt dieses Prinzip neben weiten Bereichen politischer Entscheidungsfindung vor allem auch im Bereich der Tarifpolitik. Gerade die tarifpolitische Praxis hat aber auch gezeigt, dass die Gefahren einer von subjektiven Wertungen abhängigen Urteilsbildung durch demokratische Mehrheitsentscheidungen auf ein erträgliches Mass reduziert werden können, sofern die Mehrheit der Entscheidungsträger die Konsequenzen ihrer Entscheidungen übersehen und in ihre Wertung einbeziehen können.

Ein solcher Problemaufriss soll nachfolgend versucht werden. Die Frage, ob mehr Lebensqualität immer auch mehr quantitatives Wachstum voraussetzt, oder ob mehr Lebensqualität auch bei geringem oder gar bei Nullwachstum möglich ist und damit die Steigerungsrate der Lebensqualität von der Wachstumsrate abgekoppelt werden kann, stellt schon für sich die als selbstverständlich unterstellte Gleichsetzung von Lebensqualität und Wachstum in Frage, die die sozial-ökonomischen Konzeptionen nach dem Zweiten Weltkrieg prägten. Dieser Prägung entsprach auch die Bedeutung, die die Lohnpolitik als Mittel zur Reallohnsteigerung erfuhr. Auch hier wurde quantitatives Wachstum als selbstverständ-

* Abdruck aus «WSI-Mitteilungen» Heft 12/1982. Der Autor, Rudolf Henschel, ist Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Das Schwerpunktheft 12/1982 der WSI-Mitteilungen ist dem Thema «Qualitatives Wachstum, Umweltschutz, Arbeitnehmerinteressen» gewidmet. Es kann bezogen werden über den Bund-Verlag, Postfach 900840, D-5000 Köln 90.

liche Voraussetzung für eine dauerhafte Reallohnsteigerung begriffen und von dem Sonderfall zeitlich begrenzter Abweichungen in Umverteilungsphasen unterschieden. Auch als die Gewerkschaften als erste Organisation Anfang der siebziger Jahre die Bedeutung qualitativer Aspekte der Arbeits- und Lebensbedingungen herausstellten und programmatisch verarbeiteten, wurde die qualitative Ergänzung quantitativer Wachstumsziele nicht als Abkehr vom Ziel der Wachstumsoptimierung verstanden.
Erst seit Mitte der siebziger Jahre wird, vor allem ausserhalb der Gewerkschaften, immer häufiger und dringlicher die Frage gestellt, ob nicht bei weniger Wachstum oder sogar bei Verzicht auf eine spezielle Politik der Wachstumssteigerung mehr Lebensqualität erreicht werden könnte als bei der Fortsetzung einer Politik, die unverändert am Ziel grösstmöglicher Wachstumsraten festhält, worunter in aller Regel eine grösstmögliche Steigerung der Warenproduktion verstanden wird. Diese Fragestellung gründet sich ausserhalb der Gewerkschaften in erster Linie auf eine Kritik an den negativen ökologischen und sonstigen gesellschaftlichen Folgewirkungen eines hohen quantitativen Wachstums.
Innerhalb der Gewerkschaften führen gleichzeitig die Folgen einer anhaltenden Wachstumsschwäche, die bei unveränderter Wachstumsorientierung mit verstärkter Reallohnsenkung, verminderten öffentlichen Sozialleistungen und steigender Arbeitslosigkeit verbunden ist, zu der Frage, ob nicht aus der Not eine Tugend gemacht und die offensichtlich unvermeidbare Wachstumsschwäche zu anderen Formen höherer Lebensqualität genutzt werden kann?

2. Langfristiger Rückgang der Wachstumsraten

Noch wird die veröffentlichte Meinung von Theorien um die Wiederbeschleunigung des Wachstums beherrscht. Die neue konservative Welle lebt von der Erinnerung an jene Phase hoher Wachstumsraten in den fünfiger und sechziger Jahren. Zweifellos ist auch die gegenwärtige Wachstumsschwäche von einer Konjunkturkrise überlagert. Mit Überwindung dieses Konjunkturtiefs können wieder mittelfristige Wachstumsraten zwischen null und zwei Prozent erwartet werden. Die Beschäftigungsprobleme eines derart geringen Wachstums sind damit aber nicht beseitigt. Eine Politik der generellen Wiederbeschleunigung des Wachstums, das von sich aus Vollbeschäftigung garantiert, wird jedoch gleichzeitig von zwei Seiten her in Frage gestellt.
(1) Von der bisherigen Erfolglosigkeit aller wachstumspolitischen Bemühungen, die von den verschiedensten Regierungen in den verschiedensten Ländern von mehr konservativ-monetaristischen bis zu sozialistisch-keynesianischen oder marxistisch-planwirtschaftlichen Rezepturen reichen. Dabei entzogen sich sogar die geringen Unterschiede im Wachstumsverfall der einzelnen Industriestaaten einer eindeutigen Zuordnung zu einem der verschiedenen Steuerungssysteme.

(2) Von dem zunehmenden Zweifel an der grundsätzlichen Sinnhaftigkeit einer von grosstechnischen und bürokratischen Strukturen geprägten Güter- und Leistungsvermehrung, die unlösbar mit einer zunehmenden Vergeudung natürlicher Ressourcen und einer zunehmenden Belastung unserer ökologischen Grundlagen wie auch mit einer zunehmenden Enthumanisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen verbunden erscheint.
Die Zweifel an der politischen Machbarkeit wirtschaftlichen Wachstums rütteln ebenso wie die Frage nach dem Sinn eines bloss quantitativen wirtschaftlichen Wachstums an den wichtigsten Glaubenssätzen aller herrschenden wirtschaftspolitischen Lehrmeinungen. Der Streit zwischen Vertretern neoklassischer, monetaristischer, keynesianischer, sozialistischer oder marxistischer Wirtschaftsstrategien drehte sich ja nicht um die Frage, ob wirtschaftliches Wachstum sinnvoll und machbar ist, sondern allein darum, wie es am besten und am sozial effektivsten gemacht werden kann. Dabei wurde die quantitative Grösse und die soziale Qualität des Wachstums in aller Regel gleichgesetzt nach dem Motto: Je grösser das (quantitative) Wachstum, um so grösser die Chance zum sozialen (qualitativen) Fortschritt.
Der ungelöste theoretische Streit um die Frage, wie Wachstum am besten gemacht werden kann, behindert allerdings auch die sachliche Analyse, weshalb seit drei Jahrzehnten in der Bundesrepublik eine von Zyklus zu Zyklus feststellbare Wachstumsabschwächung eingetreten ist und warum eine derartige konjunkturabhängige Wachstumsabschwächung für die meisten Industrieländer seit zwei Jahrzehnten und für praktisch alle Industrieländer seit dem letzten Jahrzehnt feststellbar ist. Dabei ist das bemerkenswerteste und bisher am wenigsten herausgestellte Phänomen die scheinbare Systemunabhängigkeit dieser industriellen Wachstumskrise. Die einzige Einschränkung, die man hier machen kann, lautet, dass offensichtlich die Länder von den Folgen dieser Krise in bezug auf Arbeitslosigkeit und Inflation am wenigsten betroffen werden, die sich, wie beispielsweise Japan und Österreich, vor einer einseitig ideologischen Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik am entschiedensten hüteten und einen pragmatischeren Wirtschaftskurs auf der Grundlage sozialer Kooperation betrieben. Gerade diese Abweichung von den allgemein feststellbaren Folgen der Wachstumsabschwächung ist durch keine der herrschenden Wachstumstheorien eindeutig erklärbar und lässt bestenfalls vermuten, dass die Erklärung ausserhalb der klassischen Wachstumstheorien gesucht werden muss. Auch der Versuch, auffällige Fehlentwicklungen ideologisch besonders einseitig ausgerichteter Regierungsstrategien, wie beispielsweise in England oder in den USA, aber auch im Bereich der sowjetischen Staatshandelsländer allein aus den Fehlern der jeweils vorausgegangenen Regierungen oder aus der Wirtschaftsschwäche der Handelspartner zu erklären, kann keinesfalls befriedigen.
Die gewerkschaftlichen Vorstellungen einer an qualitativen Zielen aus-

gerichteten Politik einer nach wie vor quantitativen Wachstumssteigerung wurden vor allem von den qualitativ negativen Aspekten geprägt, die immer deutlicher mit einer Politik verbunden erscheinen, die mit hoher Priorität an der quantitativen Steigerung des Sozialproduktes festhält. Dazu gehört, dass die Zweifel an der uneingeschränkten Sinnhaftigkeit des Produktionswachstums durch immer neue ökologische Schreckensmeldungen gerechtfertigt erscheinen, während die Abhängigkeit der sozialen Zufriedenheit und des physischen Wohlbefindens der Menschen von der Höhe der industriellen Produktion und der jeweiligen Grösse der Produktionssteigerung durch kein bisheriges Untersuchungsverfahren eindeutig bestätigt werden konnte.

3. Mehr Lebensqualität bei weniger Wachstum?

Daher stellt sich auch im gewerkschaftlichen Raum immer drängender die Frage, was es für die Steigerung der Lebensqualität bedeutet, wenn man auf eine Politik der quantitativen Wachstumsförderung verzichtet und sich mit geringeren quantitativen Wachstumsraten abfindet.
Die Diskussion der Frage, wie mehr Lebensqualität auch bei geringerem Wachstum ermöglicht werden kann, wird allerdings durch zwei Unschärfen belastet. Sie betreffen sowohl das, was Lebensqualität bedeutet, wie auch die Frage, wie geringes Wachstum definiert wird.
Als Bestimmungsgründe für das Mass an Lebensqualität sind aus gewerkschaftlicher Sicht anzusehen:
(1) Die Konsumgüter und Leistungsmengen, die als Gegenwert zum Nettoeinkommen auf dem Markt erworben werden können.
(2) Die öffentlichen Dienstleistungen, die von allen oder von bedürftigen Bürgern unentgeltlich in Anspruch genommen werden können.
(3) Die Sicherheit des Arbeitsplatzes, gekennzeichnet durch die Beschäftigungs- beziehungsweise Arbeitslosenrelationen.
(4) Die humanitären oder auch leistungsbezogenen Arbeitsbedingungen.
(5) Die Länge der Arbeitszeit einschliesslich der Pausen und Wegezeiten.
(6) Die Qualität und Chancengleichheit im Bildungs- und Ausbildungsbereich.
(7) Die Wohn- und Wohnumfeldbedingungen.
(8) Die Umweltverhältnisse als Indikatoren der Erholungs- und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten.
Zu diesem Bereich gehört ebenfalls die langfristige Versorgungssicherheit mit Energie und wichtigen Industrierohstoffen, aber ebenso auch die ökologische Intakthaltung der Umwelt, die langfristige Versorgungssicherheit mit sauberer Luft und sauberem Wasser wie auch sozial befriedigende zwischenmenschliche Beziehungen, in deren Rahmen wiederum ein hohes Mass an noch nicht kommerzialisierten Leistungen im Haushalts- und Nachbarschaftsbereich erbracht werden.

Mit dem Begriff «geringes Wachstum» soll unter Bezug auf die Umgangssprache nichts anderes als das Verhältnis der Jahreswachstumsraten (Sozialproduktzuwachs in Prozent des Vorjahres) im Vergleich zum höheren Wachstumsdurchschnitt früherer Perioden gekennzeichnet werden. Mit dieser Kennzeichnung sind jedoch zwei Feststellungen verbunden:
(1) dass das niedrige Jahreswachstum hinter der gleichzeitigen Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückbleibt und daher mit einer Verminderung des Arbeitsvolumens verbunden ist;
(2) dass die prozentuale Wachstumsrate nichts über die qualitative Zusammensetzung der zugewachsenen Güter- und Leistungsmenge und auch nichts über die absolute Höhe der quantitativ gemessenen Mehrproduktion aussagt.
Mit dieser Definition sind zwei Probleme verbunden:
(1) Die Definition der Lebensqualität besagt, dass die statistisch gemessene Wohlstandssteigerung, die sich ausschliesslich am (preisbereinigten) Marktwert der produzierten Konsumgüter und Produktionskosten der öffentlichen Dienst- und Sozialleistungen orientiert, nicht mit der Steigerung der Lebensqualität identisch ist.
(2) Die Definition des Wachstumsbegriffs relativiert die tatsächlich gemessene prozentuale Wachstumsrate durch die jeweilige Relation zur Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität sowie zur Höhe des Produktionsniveaus.
Keine Abweichung zwischen Lebensqualität und der statistisch gemessenen Wohlstandssteigerung wäre nur gegeben, wenn man unterstellt, dass die nicht gemessenen Bestimmungsgründe für Lebensqualität, wie Sicherheit des Arbeitsplatzes, Humanität der Arbeitsbedingungen, Länge der Arbeitszeit, Bildungs- und Berufsbildungs-, Wohn- und Wohnumfeld- oder Umweltverhältnisse, im Gleichschritt mit den in der Sozialproduktsrechnung erfassten Wohlstandsindikatoren zunehmen. Wenn dieser in der Sozialproduktsrechnung nicht erfasste Teil aber abnimmt, kann die Lebensqualität sogar bei weiterer Zunahme der statistisch ausgewiesenen Wohlstandsindikatoren – wie sie auch durch die Reallohnentwicklung gekennzeichnet sind – sinken. Hier entsteht allerdings das Problem, dass nicht Messbares oder nicht quantitativ Vergleichbares mit quantifizierbaren Grössen in Beziehung gebracht werden muss. Das Problem besteht darin, dass dieses Inbeziehungsetzen immer Elemente subjektiver Wertungen enthält. Es ist eine Frage der subjektiven Wertung, wie hoch man die nicht in die Sozialproduktsrechnung eingehende, nicht kommerzielle, auf unentgeltliche Leistungen und unentgeltlicher Nutzung der Naturschätze beruhende Bedarfsbefriedigung unentwickelter noch nicht von industrieller Entwicklung und Bevölkerungsexplosion betroffener Völker einschätzt. Es ist mindestens zu vermuten, dass mit der statistisch gemessenen Zunahme der Marktgüter und Verwaltungsleistungen keine gleichgewichtige Zunahme der statistisch nicht bemessenen beziehungsweise nicht in die Sozialproduktsrechnung einbezogenen Lebensqualitäten einhergegangen ist.

Für solche Vermutungen gibt es zumindest verschiedene Indikatoren, die mindestens die Tendenz der Entwicklung andeuten. Als solche Indikatoren sind anzusehen:

- soziale Indiktoren, wie Selbstmordhäufigkeit, Suchtgefährdung, Armutsmerkmale oder Kennziffern der Volksgesundheit;
- Beschäftigungsindikatoren, wie Unfallhäufigkeit, Frühverrentung, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sowie Entwicklung der Arbeitslosigkeit;
- Umweltstandardmesswerte in bezug auf Flächennutzung, Luftimmission, Grund- und Oberflächenwasserverschmutzung, Lärmbelästigung und ähnliches.

Mitzuberücksichtigen wären ebenfalls Kennziffern der Struktur der Haushalte und Lebensgemeinschaften oder des Bildungs- und Ausbildungsniveaus, wenn auch in diesen Bereichen die Wertungen schon auseinandergehen. Unabhängig von den gängigen Wohlstandsindikatoren spricht allerdings die Zunahme der Freizeit infolge der gesunkenen Arbeitszeit für einen Anstieg an Lebensqualität. Entgegengerichtet erscheint die Entwicklung der Arbeitsbelastung in bezug auf Unfallhäufigkeit und Frühinvalidität. Belegt ist ebenfalls die Abnahme der Arbeitsplatzsicherheit durch Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie die Zunahme der Suchtkranken. In bezug auf die Umweltdaten stehen der Verbesserung einiger Richtwerte in bezug auf Luftimmission und Wasserverschmutzung eine Häufung von partiellen Katastrophenmeldungen entgegen.

Alles in allem sprechen diese Indikatoren zurzeit für eine Abnahme der in der üblichen Wohlstandsrechnung nicht statistisch erfassten Qualitätsfaktoren, während die gängigen Wohlstandsnormen, gemessen an der Entwicklung der Reallöhne, nach sehr starken Zuwächsen in den fünfziger und sechziger Jahren seit Beginn der achtziger Jahre ebenfalls Rückgänge erkennen lassen.

Andererseits lassen wiederum die Strukturdaten des privaten Konsums, bezogen auf die Zusammensetzung der Konsumgüter im Verhältnis von Grundbedarf zu gehobenem Konsum und in bezug auf Grösse der Wohnungen und Ausstattung der Haushaltungen mit hochwertigen und langlebigen Gebrauchsgütern eine weiter anhaltende Verbesserung der Wohlstandsstruktur vermuten, obgleich auch hier schichtenspezifische Unterschiede berücksichtigt werden müssen. Infolge des durchschnittlich hohen Anteils der nicht für den laufenden Grundbedarf verausgabten Einkommen kann in Verbindung mit einer weiteren Verkleinerung der Haushalte und einer Zunahme der öffentlich versorgten Personen im Rentenalter selbst bei gleichbleibenden oder leicht sinkenden Reallöhnen mit einer weiteren Verbesserung gerechnet werden. Bei dieser Betrachtungsweise erscheint die bisherige Entwicklung der Lebensqualität in der Bundesrepublik nicht kritisch, wenn auch die weitere Entwicklung in einem zunehmend stärkeren Masse von den in der Wohlstandsstatistik nicht erfassten Qualitätsfaktoren bestimmt sein dürfte. Dabei kommt der

Entwicklung der Beschäftigungssicherung durch Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Vermehrung der Freizeit durch Senkung der Arbeitszeit und der Humanisierung der Arbeitsbedingungen durch Verminderung der Arbeitsbelastung neben den Verbesserungen der Wohn-, Wohnumfeld- und Umweltqualität besondere Bedeutung zu. Damit wird zugleich die Bedeutung der statistisch gemessenen Höhe der Wachstumsrate oder des Reallohns relativiert. Gleichzeitig ist zu beachten, dass in bezug auf den tatsächlichen Mehrkonsum die prozentuale Höhe einer Wachstumsrate nichts aussagt. Unterstellt man, dass das gegenwärtige Verbrauchsniveau der statistisch erfassten Güter und Leistungen viermal grösser ist als zu einem früheren Zeitraum, so würde eine prozentuale Steigerung um 1 Prozent die gleiche Menge an mehr verbrauchbaren Gütern enthalten wie eine 4prozentige Steigerungsrate eines um ¾ niedrigeren Verbrauchsniveaus.
Nachdem sich das Sozialprodukt der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren in realer Rechnung vervierfacht hat, wäre bei einem Wachstum von 2 Prozent der jährlich «zu verkraftende» Mehrkonsum sogar doppelt so hoch wie bei einer 4prozentigen Wachstumsrate Anfang der fünfziger Jahre. Da Menschen aber nicht Prozentziffern, sondern reale Waren konsumieren und ein Mehrkonsum nicht einfach ein Mehr an allen konsumierten Gütern und Leistungen beinhaltet, bedeutet jede Erhöhung des Verbrauchsniveaus zugleich eine Änderung der Verbrauchsstruktur und damit auch den Zwang, von bisherigen Verbrauchsmustern abzugehen. Dieser Umstrukturierungsprozess ist aber stark abhängig vom Volumen des realen Mehrkonsums. Er kann daher bei einem 2prozentigen Wachstum, bezogen auf ein viermal grösseres Verbrauchsniveau sehr viel grösser sein als bei einem 4prozentigen Wachstum, bezogen auf ¼ dieses Niveaus.
Tatsächlich war der reale Mehrverbrauch beispielsweise in den Jahren 1977 bis 1981 bei einer durchschnittlichen Wachstumsrate von nur knapp 2½ Prozent grösser als in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, in denen mit gut 8½ Prozent die absolut höchsten prozentualen Zuwachsraten seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurden; das Verbrauchsniveau, auf das sich die Prozentzahlen jeweils beziehen, war am Ende der siebziger Jahre rund viermal grösser als in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Es ist ferner auffallend, dass die seit Anfang der fünfziger Jahre im mehrjährigen Durchschnitt feststellbare Abschwächung der prozentualen Jahreszuwachsraten genau in dem Ausmass sich vollzieht, wie sich das Sozialprodukt als Bezugsgrösse real erhöhte. Mit anderen Worten: Der reale Güter- und Leistungszuwachs blieb im mehrjährigen Durchschnitt über 30 Jahre hinweg nahezu konstant; die prozentualen Zuwächse nahmen nur in dem Masse ab, wie das Sozialprodukt grösser wurde. Internationale Vergleiche lassen sogar vermuten, dass dies mit nur geringen Abweichungen für die meisten der Industrieländer gilt.
Bezogen auf die eingetretene Wohlstandssteigerung der letzten 30 Jahre ist, vom derzeit krisenbedingten Wachstumsverlust abgesehen,

das prozentual niedrige Wachstum im Durchschnitt der letzten Jahre (1977 bis 1982) keineswegs so niedrig wie dies die prozentualen Zuwachsraten vermuten lassen. Man kann auch bei aller Skepsis gegenüber der Machbarkeit beliebig grosser Wachstumsraten davon ausgehen, dass beispielsweise im Rahmen der vom DGB proklamierten Politik qualitativen Wachstums mit Überwindung der derzeit konjunkturbedingten Wachstumsschwäche im Durchschnitt der nächsten Jahre wiederum Wachstumsraten um rund 2 Prozent realisiert werden dürften. Damit wäre dann noch immer ein realer Mehrverbrauch pro Jahr verbunden, der ebensogross wäre wie im Durchschnitt der Wirtschaftswunderepoche der fünfziger Jahre.

4. Mehr Lebensqualität durch Arbeitszeitverkürzung und soziale Technologiekontrolle

Bei dem erreichten Konsum oder Wohlstandsniveau enthält auch ein Wachstum um oder sogar deutlich unter 2 Prozent im längerfristigen Durchschnitt keinen dramtischen Aspekt. Dies gilt ebenso für entsprechend niedrigere Reallohnzuwächse, sofern die höheren Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität zur Verbesserung der Lebensqualität entschlossen genutzt und Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit vermieden wird. Angesichts dieser Fakten bietet es sich geradezu an, die Lösung unseres Problems, das letztlich allein darin besteht, dass die Zuwächse der Arbeitsproduktivität grösser bleiben als diejenigen des Wirtschaftswachstums, nicht in der generellen Beschleunigung des langfristigen Wachstums mit entsprechenden Erhöhungsraten der Realeinkommen als vielmehr in einer verstärkten Senkung der Arbeitszeit zu suchen.

Für die Beschäftigungssicherung ist es notwendig, dass die jeweils erwünschte Steigerung der Arbeitsproduktivität voll in Anspruch genommen wird. Als erwünscht ist dabei jede Steigerung der Arbeitsproduktivität anzusehen, die ohne Leistungsverdichtung und ohne weitere Enthumanisierung der Arbeitsprozesse aufgrund der technologischen Fortschritte möglich wird.

Die volle Inanspruchnahme kann dabei – Verteilungsgleichgewicht vorausgesetzt – ebenso durch zusätzliche Erleichterung der Arbeitsbedingungen wie durch kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich oder durch höhere Realeinkommen erfolgen. Die Aufteilung der Produktivitätsfortschritte auf diese drei Komponenten ist beschäftigungspolitisch gleichwertig, sie unterliegt keinen ökonomischen Zwängen, sondern allein politischen Entscheidungen. Dabei sollten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit jedoch die unterschiedlichen Risiken und Chancen verschiedenartiger Inanspruchnahmen beachtet werden.

Die Wahrscheinlichkeit, dass mit sinkender Arbeitszeit die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zunimmt, ist weit grösser als diejenige, dass durch irgendwelche Wachstumsstrategien eine zusätzliche, über den

Durchschnitt des letzten Zyklus hinausgehende Wachstumsrate erreicht werden kann. Die soziale Kontrolle des technologischen Fortschritts, die eine mit der Verkürzung der Arbeitszeit mögliche Erhöhung der Arbeitsintensität verhindert, ist trotz Kenntnis aller Schwierigkeiten leichter zu praktizieren als eine Beschleunigung des Wachstums, das über den Durchschnitt hinausgeht.

Angesichts des erreichten hohen Verbrauchsniveaus an quantitativ messbaren Konsumgütern und Dienstleistungen ist der Qualitätseffekt einer Arbeitszeitverkürzung, die ohne zusätzliche Leistungsverdichtung zu einer Vermehrung der individuell verfügbaren freien Zeit führt, grösser als ein zusätzlicher Konsumgüterverbrauch, wobei im übrigen auch durch eine differenzierte Lohnpolitik der noch bestehenden Unterversorgung der Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen Rechnung getragen werden kann.

Die Gefährdung der Umwelt und die unvermeidliche Verknappung leicht gewinnbarer natürlicher Rohstoffe wird ebenfalls bei einem weniger forcierten Wirtschaftswachstum mit stärker zunehmender Freizeit weniger dramatisch bleiben als dies bei einer anderen Politik zu erwarten ist. Arbeitszeitverkürzungen, die zu einer höheren Freizeit führen, haben darüber hinaus aber noch den entscheidenden Vorteil, vielen Menschen eine zusätzliche Chance schöpferischer Selbstverwirklichung zu gewähren.

Die Chance, die mit zunehmender Freizeit verbunden ist, stellt einen eigenständigen kulturellen Wert dar, unabhängig davon, ob diese Chance zu mehr Selbstverwirklichung von Anbeginn auch von allen oder nur mehrheitlich bewusst genutzt wird. Abgesehen davon, dass eine objektive Beurteilung der Nutzung oder Nichtnutzung unmöglich ist, könnte die persönliche «Nichtnutzung» von Freizeit so wenig ein Argument gegen mehr Freizeit im allgemeinen sein wie die private Nichtverwendung von Einkommen ein Argument gegen die Erhöhung der Einkommen sein kann. Der entscheidende Vorteil einer Arbeitszeitsenkung liegt aber vor allem darin, dass über sie die Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Kopf von der technologisch bedingten Steigerung der Stundenproduktivität abgekoppelt und ohne Beeinträchtigung der technologischen Entwicklungsprozesse an eine – aus welchen Gründen auch immer – geringere Nachfrage- und Absatzsteigerung angepasst werden kann.

Die Feststellung, dass mehr Lebensqualität nicht einfach mit mehr quantitativem Wachstum identisch ist, erlaubt aber nicht den Umkehrschluss, dass jeder Verzicht auf quantitatives Wachstum ein eigenständiges Ziel sein könnte. Im Gegenteil, jedes Prozent mehr an quantitativem Wachstum des Sozialprodukts, das bei voller Wahrung der qualitativen Ziele in bezug auf Gesundheit, Umweltschutz, Ressourcenschonung, Humanisierung der Arbeit usw. erreicht werden kann, ist begrüssenswert. Noch gibt es grosse Bevölkerungsgruppen, die auch eine quantitative Steigerung ihres Kosumgüterverbrauchs für sinnvoll halten dürften.

Die Feststellung, dass mehr Lebensqualität jedoch nicht einfach mit quantitativem Wachstum gleichzusetzen ist, bedingt aber die Absage an jede Politik der Wachstumssteigerung um jeden Preis, wenn eben als Preis eine Reduzierung der Reallöhne oder eine Einschränkung der sozialen Leistungen des Staates oder eine Verminderung des Umweltschutzes oder der Humanität der Arbeitsbedingungen oder eine Einschränkung der persönlichen Freizeiten verstanden wird. Ein Wachstum, das nur unter diesen Bedingungen machbar wäre, muss im Interesse von mehr Lebensqualität abgelehnt werden, wobei zu bezweifeln bleibt, dass unter diesen Bedingungen überhaupt mehr Wachstum «machbar» wäre; die Entwicklungen in England und in den USA sprechen eher für das Gegenteil. Zu fordern ist also nicht irgendeine statistische Wachstumsrate des Sozialprodukts als Wert an sich, sondern die mit diesem Wachstum zu verbindende Verbesserung der Lebensqualität, und dies wiederum schliesst Vollbeschäftigung ebenso wie die Selbstverwirklichung in der arbeitsfreien Zeit ein. Eine Absage an rein quantitative Wachstumsziele bedeutet allerdings auch eine Absage an die Priorität des Reallohns als einzige oder wichtigste Orientierungsgrösse gewerkschaftlicher Erfolge.

Auch das besagt wiederum nicht, dass das Ziel der Reallohnsicherung oder auch der Steigerung im Rahmen des Sozialproduktwachstums vernachlässigt werden darf. Es bedeutet nur, dass die Umwandlung von steigender Produktivität in mehr Lebensqualität über die gesamte Palette von Arbeitszeitverkürzungen und Humanisierung bis zur Reallohnsteigerung erfolgen muss, damit gewährleistet bleibt, dass die volle Inanspruchnahme der Produktivitätssteigerung auch Vollbeschäftigung, unabhängig vom jeweiligen Produktionswachstum garantiert.

Eine derartige Strategie setzt allerdings voraus, dass Reallohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung als ein Paket begriffen werden, wobei der unabdingbare Lohnausgleich für alle im Stundenlohn bezahlten Arbeitsleistungen in dieses Paket mitverschnürt ist. Das bedeutet, dass der Lohnausgleich selbst in der insgesamt als wünschbar angesehenen Reallohnentwicklung enthalten ist und Reallohnentwicklung und Kosten der Arbeitszeitverkürzung zusammen nicht grösser sein sollen, aber auch nicht kleiner sein dürfen als die Steigerung der Arbeitsproduktivität plus der für unvermeidlich gehaltenen Steigerung der Lebenshaltungskosten plus der möglich oder für notwendig erachteten Umverteilung. Damit kann selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden, dass sich unter bestimmten Bedingungen bei einer krisenhaften Reduzierung des Sozialprodukts im Rahmen einer aus Beschäftigungsgründen wünschbaren Arbeitszeitverkürzung trotz Lohnausgleich eine vorübergehende Reallohnsenkung ergibt.